

Die Situation der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR: eine Bestandsaufnahme

Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P. (1990). Die Situation der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR: eine Bestandsaufnahme. *SWS-Rundschau*, 30(4), 521-536. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-33527>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die Situation der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR

Eine Bestandsaufnahme

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Mannheim)

Vorbemerkung

Seit November 1989, ausgehend von der politischen Wende in der DDR, erfährt auch die Soziologie der DDR einen drastischen Wandel, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Auf einer 14-tägigen Informationsreise durch die DDR im Juni 1990 habe ich mir durch Besuche von Forschungsinstitutionen und sozialwissenschaftlichen Instituten und Abteilungen von Universitäten sowie bei Neugründungen des Jahres 1990 einen Überblick über die Situation der Sozialforschung in der DDR verschafft. Mit der Situation in der Lehre habe ich mich nicht beschäftigt, diese ist bei M. Rainer Lepsius, "Soziologie in der DDR: Die Situation der Lehre" in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (1990, Heft 2) nachlesbar. Im folgenden soll nun der Versuch gemacht werden, die Situation in der Sozialforschung über Fakten und Eindrücke wiederzugeben, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß im Prozeß der deutschen Vereinigung die Institutionen der Forschung einem so raschen Wandel unterworfen sind, so daß der Stand vom Juni 1990 schon drei Monate später mehr einen historischen als einen faktischen Stand darstellt. Daher bemühe ich mich, ausgehend von der Situation vor der Wende im Herbst 1989, die Entwicklung, zwar mit Schwerpunkt "Sommer 1990", jedoch bis heute (Oktober 1990) fortgeschrieben, aufzuzeigen.

Meine Informationsreise führte mich über Ost-Berlin nach Rostock, Leipzig, Halle und Dresden. Ich habe in Berlin neben den zwei zentralen sozialwissenschaftlichen Instituten der Akademie der Wissenschaften auch die Rechtsnachfolgerin des Instituts für Soziologie an der damals schon aufgelösten Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie eine neugegründete GmbH und in Leipzig das Zentralinstitut für Jugendforschung und das Institut für Marktforschung besucht. Und an den Universitäten in Berlin, Rostock, Leipzig, Halle und Dresden habe ich mit Vertretern der soziologischen Institute bzw. Abteilungen gesprochen.

1. Die Situation der Sozialforschung in der DDR

Erst relativ spät als Wissenschaft etabliert, wurde die Soziologie und damit die Sozialforschung im SED-Staat, zentral organisiert und politisch kontrolliert, eher als ein Instrumentarium zur Machtstabilisierung eingesetzt. Aus dieser Aufgabenstellung ergab sich auch der hohe Stellenwert zentraler Forschungseinrichtungen wie der Akademien und der Zentralinstitute, und der verschwindend geringe Stellenwert der universitären Forschung. Heute, mit Blick auf die Angleichung an die Forschungsförderung und eine föderalistische Forschungsinfrastruktur in der Bundesrepublik, stehen die zentralen Forschungsinstitute vor ihrer Auflösung und die Universitätsinstitute gewinnen an Gewicht über den derzeit stattfindenden Prozeß der Umstrukturierung.

1.1 Die Vergangenheit: Sozialforschung im SED-Staat

Das fachliche Spitzengremium in der DDR-Soziologie stellte bis zur Wende, Ende 1989, der Wissenschaftliche Rat mit den hierin versammelten Problemräten dar. Über dieses Gremium wurde das politisch Wünschbare durch spezifische Diskussionsangebote übermittelt und die Sozialforschung, auch in ihrer politischen Ausrichtung, geprägt. Die führende Rolle in der soziologischen Forschung der alten DDR nahm die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (AdG) ein, eine Institution, die sowohl Kontrollfunktion über die Forschung der anderen zentralen Einrichtungen ausübte, als auch zu politisch relevanten und/oder relevant erscheinenden Themen, teils flächendeckend für die DDR, weitgehend als einzige Forschungseinrichtung, sehr große Untersuchungen (mit Stichproben von 5.000 und mehr Befragten) durchführte und über ihre Führungsposition und Kontrollfunktion bei allen Forschungsthemen ein gewichtiges Wort der Mitsprache hatte. Damit nahm die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED den obersten Rang in der Hierarchie der Forschung ein.

In der Hierarchie auf Rang zwei sind die sozialwissenschaftlichen Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) zu sehen, die ebenfalls eine Vielzahl von Projekten zu politisch und gesellschaftlich relevanten Themen durchführten, allerdings häufiger regional oder lokal beschränkt und, dementsprechend, mit kleinerem Stichprobenumfang arbeitend, als ihn die Großprojekte an der AdG aufwiesen. Es vermittelt sich der Eindruck, betrachtet man eine Auflistung der durchgeführten Projekte, daß nicht nur die Projektmittel, sondern auch die Forschungsmöglichkeiten der Soziologen an der AdW gegenüber denen am Institut für Soziologie der AdG wesentlich beschränkter waren.

Neben den beiden Akademien gab es, zu speziellen Bereichen Daten beschaffend und analysierend, Zentralinstitute der Forschung, deren Aufgabe darin bestand, zu spezifischen gesellschaftspolitisch relevanten Themenbereichen Bestandsaufnahmen und Prognosen zu liefern.

Die Universitäten, im Bereich der Sozialwissenschaften als Forschungseinrichtungen in der Hierarchie unten stehend, waren weniger in den gesellschaftspolitischen Forschungsprozeß integriert. Diese blieben in den letzten eineinhalb Jahrzehnten vielmehr auf die "Lehrforschung" zur Studentenausbildung beschränkt.

Forschung wurde an allen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen hauptsächlich als Auftragsforschung für den Staat bzw. die Staatspartei oder für staatliche Institutionen, inhaltlich und politisch kontrolliert, durchgeführt und über die Finanzzuweisungen gesteuert. Hierüber hinaus mußten alle größeren, auch regionalen Umfragen von der staatlichen Administration genehmigt werden. Und bei politisch wichtigen Fragestellungen oder in den die Partei interessierenden Bereichen waren die Forschungsberichte exklusiv für die obersten Administratoren von Staat und Partei vorbehalten. Solche Forschungsberichte, lediglich in etwa 5 Exemplaren hergestellt, wurden, nach Kenntnisnahme durch die wissenschaftlichen und politischen Spitzenfunktionäre an der Akademie der Gesellschaftswissenschaften und in der Staats- und Parteiführung, zur Verschlußsache erklärt und waren somit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit entzogen.

Etwas besser in einen wissenschaftlichen Diskurs eingebunden war die universitäre Forschung, die allerdings in der Regel beschränkt war auf Untersuchungen in Betrieben bzw. Kombinat oder Kommunen und die, in Verbindung mit der Studentenausbildung, als "Lehrforschung" durchgeführt wurde. Hierzu benötigten die soziologischen Abteilungen der Universitäten Kooperationspartner in der Industrie oder bei den Kommunen, worüber sich dann die Möglichkeit ergab, studentische Praktika und Forschung miteinander verbindend, lediglich gebunden an die Zustimmung der Leitung des Kooperationspartners, in den entsprechenden Betrieben oder Kombinat Projekte durchzuführen und diese mit eigenen Forschungsfragen zu verbinden. Universitäre Forschungsprojekte, die nicht in Kooperation mit einem Betrieb durchgeführt wurden, unterlagen inhaltlich und politisch der Parteikontrolle, d.h. solche Projekte mußten von der staatlichen Administration genehmigt werden. An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß ein Hauptfachstudium "Soziologie" in der alten DDR nur für eine sehr kleine Studentengruppe und beschränkt auf drei Universitäten möglich war, in Berlin, in Leipzig und Halle (siehe Abschnitt 2.2). Auch an einigen anderen Universitäten gab es zwar kleine soziologische Abteilungen zur Ergänzung technischer oder planerischer Studiengänge, teils auch im Bereich "Marxismus-Leninismus" angesiedelt, die in der Regel aus nur einem Lehrstuhl bestanden. Daneben trifft man, außerhalb der sozialwissenschaftlichen, noch an den unterschiedlichsten Abteilungen der Universitäten und Hochschulen, wie z.B. in den Bereichen der Kriminologie, der Medizin, der Archäologie und des Sports, durch Forschung ausgewiesene Soziologen. In solchen Nischen soll die Sozialforschung in der Vergangenheit oft relativ frei von staatlicher Bevormundung gewesen sein.

Für die Mehrheit der Sozialforscher allerdings war eine relativ freie Forschung, allenfalls aufbauend auf vorhandenen Projektdaten, noch am ehesten in Verbindung mit Dissertationen ("A" zur Promotion und "B" zur Habilitation) möglich, da, bei einer Entscheidung für die Nichtveröffentlichung einer Dissertation, eine externe politische Überprüfung der Schrift entfiel und somit Forschungsergebnisse unzensuriert von der Staatsadministration niedergeschrieben werden konnten.

1.2 Die Gegenwart: Vom Neuanfang bis zur Vereinigung

Der Überbau der alten DDR-Soziologie existiert heute nicht mehr: Der Wissenschaftliche Rat mit seinen Problemräten ist aufgelöst, und im Frühjahr 1990, auf dem Berliner Soziologentag der DDR-Soziologen, ist eine "Gesellschaft (Ost) für Soziologie" gegründet worden. Der Unterbau dieser neuen Gesellschaft für Soziologie, die Sektionen, ist derzeit im Entstehen. Hiermit scheinen sich zur Zeit parallele Strukturen zu denen der alten Bundesrepublik herauszubilden. Das alte Elite-Institut, die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ist ebenfalls nicht mehr existent; einzelne Arbeitsgruppen versuchen als kommerzielle Institute über Auftragsforschung zu überleben. Die zentrale Großforschungseinrichtung der Akademie der Wissenschaften besteht zwar noch, ist aber in den einzelnen Teilinstituten seit Anfang des Jahres mehrfach umstrukturiert worden, hat heute durch Wahlen bestätigte, wenn auch hinsichtlich der Personen weitgehend unveränderte Institutsleitungen und sieht ihrer Auflösung entgegen. Was mit dem hier versammelten sehr großen Potential an Wissenschaftlern geschehen wird, ist auch im Herbst 1990 noch nicht klar abzusehen. Im Frühsommer gab es fast täglich neue Gerüchte, die sich zwischen einem "Gesund-schrumpfen auf ein Drittel" und dem ersatzlosen Schließen, mit oder ohne Moratorium, bewegten und mal die eine, mal die andere der vielfältigen Möglichkeiten als die Zukunft hinstellten. Zwischenzeitlich ist die Auflösung der AdW festgeschrieben. Ab Anfang des Jahres haben sich einige kleine Gruppen über die Rechtsform der GmbH selbständig gemacht, die Mehrheit der AdW-(Teil-)Institute wird derzeit vom bundesdeutschen Wissenschaftsrat begutachtet. Die den Instituten zur Verfügung stehenden Mittel sind zum 1. Juli 1990 drastisch gekürzt worden.

Die thematisch orientierten "Zentralinstitute" sind seit dem 3. Oktober 1990 de jure nicht mehr existent, verfügen aber vielfach noch bis zum Ende des Jahres über Personalmittel und haben derzeit laufende Projekte weiterhin abzuwickeln. Teils sollen diese Institute mit einem kleinen Mitarbeiterstab von entsprechenden bundesdeutschen Instituten als "Außenstellen Ost", mit mittelfristiger Perspektive, übernommen werden.

An den Universitäten wurden sozialwissenschaftliche Institute gegründet und wird Distanz, vor allem zum (nicht mehr existenten) Bereich des "Marxismus-Leninismus" gesucht und Eigenständigkeit demonstriert. Es werden Programme für ein neues Konzept der Lehre entworfen und Schwerpunkte

definiert. Und es werden Projektideen skizziert und Kooperationspartner im alten Bundesgebiet, sei es an Universitäten und Forschungsinstituten, sei es in der Industrie, gefunden, auch wenn manchem "westdeutschen" Kooperationspartner die Lust zur Kooperation, angesichts der vorhandenen Defizite sowohl bei technischer Ausstattung als auch hinsichtlich internationalen Standards, längst verlassen hat. Zudem wird es noch eine gewisse Zeit dauern, bis Berührungängste auf beiden Seiten abgebaut sind.

2. Die Situation im Juni 1990

Die im Juni 1990 besuchten Institute stellen nicht die Gesamtheit aller sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR dar; sie sind jedoch als die zentralen Einrichtungen anzusehen und geben einen guten Überblick über die Sozialforschung in der DDR a) bis zur politischen Wende im Spätherbst 1989 und stellen b) die derzeit aktuelle Situation dar, die sich allerdings schon morgen total geändert haben wird, da ab Oktober 1990 hinsichtlich Forschungsorganisation und -finanzierung die Vorstellungen der Bundesrepublik Deutschland gelten. Über diese Situation von morgen lassen sich zur Zeit wenig konkrete Aussagen machen, da niemand genau zu sagen weiß, wie es im einzelnen weitergehen soll und wird – nur eines ist klar absehbar: Die Großforschungseinrichtungen werden als solche schnellstmöglich aufgelöst und die universitäre Forschung wird aus der Umstrukturierung gestärkt hervorgehen.

Alle besuchten Forschungseinrichtungen sind von der Umstrukturierung, die das neue System erforderlich gemacht hat, mehr oder weniger stark betroffen; viele der besuchten Einrichtungen haben im Juni 1990 bereits einen tiefgreifenden Wandel hinter sich; den Großforschungseinrichtungen des alten Zentralstaates steht allerdings die Auflösung der derzeit bestehenden Strukturen, auch wenn diese nicht mehr mit den alten Strukturen identisch sind, noch bevor – teils wohl bis zu deren vollständiger Elimination. Angesichts solcher Aussichten ist das beherrschende Moment, dem man bei allen Gesprächen begegnet, die Angst darüber, was die Zukunft bringen wird. Diese Angst reichte im Juni von einer Verunsicherung darüber, wie man in Zukunft Forschungsmittel erhalten könne, über eine als reale Bedrohung wahrgenommene oder erwartete Konkurrenz aus dem "Westen", die einem die Ressourcen nehmen und /oder Aufstiegschancen verbauen werde, bis hin zum Bangen um die Existenz als Wissenschaftler. Es herrschte eine hektische Suche nach Kontakten, Ideen und Kooperationen.

2.1 Die besuchten Forschungseinrichtungen im einzelnen (Stand: Juni 1990)

Die Akademie der Wissenschaften (AdW) in Berlin, eine Großforschungseinrichtung des alten Zentralstaates mit etwa 23.000 Beschäftigten (davon etwa die Hälfte Wissenschaftler), hatte nach alter Struktur insgesamt 14 Institute

bzw. Teilinstitute, in denen Sozialforschung betrieben wurde. Die Sozialforschung nahm etwa 7% des Gesamtbudgets der AdW in Anspruch.

Die wohl zwei wichtigsten AdW-Institute für soziologische Forschung sind:

- das *Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS)* und
- die *Zentralstelle für gesellschaftswissenschaftliche Information (ZGI)*.

Das *Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS)* hat gegenwärtig etwa 110 Mitarbeiter, davon 60–70 Wissenschaftler. Die derzeit amtierenden Institutsdirektoren hatten diese Positionen schon vor der Wende inne und sind jetzt für eine Übergangszeit durch Wahl in ihrem Amt bestätigt worden. Ursprünglich war das Institut für Soziologie und Sozialpolitik in der zweiten Hälfte der 70-er Jahre als separates Institut der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED konzipiert, ist dann jedoch der Akademie der Wissenschaften angegliedert worden. Im Juni unterteilte sich das Institut in die Bereiche: Soziologie, Sozialpolitik, Sozio-Ökologie, Familie, Frauen, empirisch-methodische Arbeitsgruppe, Demographie. Daneben existiert eine Abteilung Informationsdienst. Nach der Wende wurde ein aus 20 Personen bestehender "Wissenschaftlicher Rat" gegründet, der die Aufgaben hat, sich einerseits Gedanken über zukunftssträchtige Forschungsrichtungen und andererseits über die neue Struktur des Instituts zu machen.

Zentrale Aufgabe des Instituts, vor der Wende, war eine politikorientierte empirische Sozialforschung bzw. Bevölkerungsforschung. Es wurden und werden Motive, Bedürfnisse, Interessen und Lebenslagen spezieller Gruppen erhoben. Ab November 1989 wurden Analysen z.B. zum "Sozialreport" (veröffentlicht im März 1990), basierend auf Daten der amtlichen Statistik, Ergebnissen alter Erhebungen und einer aktuellen Umfrage aus dem Januar 1990, bestehend aus einer komplexen Sozialdemographie und einer umfangreichen Analyse der Lebenslagen sozialer Gruppen, durchgeführt.

Als Zukunftsperspektive für das ISS wird ein Institut für komplexe sozialdemographische und sozialstrukturelle Forschung gesehen. Dieses bedeutet auch das Bereitstellen einer Infrastruktur für die Forschung bzw. für einen Forschungsverbund: die Empirisch-Methodische Arbeitsgruppe (EMAG). Diese Arbeitsgruppe ist eine durch Ausgliederung aus dem alten Soziologisch-Methodischen Zentrum, der Forschungsservice-Einheit des ISS, hervorgegangene neue, 15 Personen umfassende Abteilung, bestehend aus den Einheiten "Feld", "Statistische Datenanalyse" und "Projektbetreuung". Für die Zukunft wird das "wissenschaftlich begleitete Feld" als das bestimmende Element angesehen und dementsprechend zur Zeit ein nationaler Interviewerstab aufgebaut.

Da mit dem Weiterbestehen des ISS als Institut in Zukunft nicht mehr zu rechnen ist und man davon ausgehen muß, daß das ISS wohl noch vor Ablauf des Jahres 1991 aufgelöst wird, werden zur Zeit die Möglichkeiten eruiert, einzelne Teileinheiten, bestehend aus kleinen Abteilungen und Arbeitsgruppen, anderen Forschungseinrichtungen zur Angliederung anzubieten

bzw. einige dieser Einheiten, eventuell unter der Rechtsform der GmbH, in die eigenständige Auftragsforschung zu entlassen. Hierbei verbucht man auf der Habenseite, daß viele dieser Abteilungen und Gruppen in Bereichen tätig sind, die auch die bundesdeutschen Forschungseinrichtungen eher erweitern könnten, als daß sie diese duplizieren würden.

Die *Zentralstelle für gesellschaftswissenschaftliche Information (ZGI)* hat derzeit 55 Mitarbeiter, davon 40 mit Hochschulabschluß. Auch in diesem Institut ist der alte Direktor durch Wahl in seinem Amt bestätigt worden. Das Institut untergliedert sich bisher in drei Abteilungen: 1. die Abteilung "Literaturanalyse", deren Aufgabenbereiche die "Initiativinformation", das Erstellen von Literaturstudien, vor allem mit den Themenschwerpunkten "Umwelt", "Friedensforschung" und "Potentialentwicklungen in den Wissenschaften" sowie das Dokumentieren von Forschungsergebnissen aus den Instituten der AdW ist; 2. die Abteilung "Methoden der Informationsarbeit in den Gesellschaftswissenschaften", eine Abteilung, die im Bereich der Grundlagenforschung in Zukunft an einem "Forschungsinformationssystem Gesellschaftswissenschaften" (FORIG) arbeiten soll; 3. die Abteilung "Rechnergestützte Verfahren und Mathematische Methoden", eine Serviceabteilung für das Institut. Dieser Abteilung ist auch die Forschungsgruppe "Statistische Datenanalyse" angegliedert, deren 3 Mitarbeiter Anfang 1990 den *Unabhängigen Service für Umfragen, Methoden und Analysen, USUMA GmbH*, gegründet haben, eine der ersten Gesellschaften mbH, die im Bereich der Sozialforschung auf dem Boden der DDR (nach altem preußischen Recht) 1990 entstanden sind.

Die Zukunft des größten Teils der ZGI wird in einer staatlich abzusiichernden Infrastruktureinrichtung für die Geisteswissenschaften gesehen, als Ergänzung der entsprechend ausgerichteten sozialwissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik, z.B. den GESIS-Instituten. Der sehr viel kleinere Teil, die USUMA GmbH, versucht bereits im Sommer 1990 nach marktwirtschaftlichen Prinzipien eigenständig zu überleben.

USUMA steht nur als ein Beispiel für die neuen GmbH-Gründungen des Jahres 1990. Zwar ist die Anzahl dieser Neugründungen im Sommer 1990 noch klein, es werden aber, je konkreter die Auflösung der alten Strukturen wird und je deutlicher sich eine weitgehende Schließung der alten Institute abzeichnet, immer mehr, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen wollen. Die USUMA-Gründer hatten die Intention, ein Umfrageinstitut ins Leben zu rufen, das methodisch anspruchsvoll arbeitet und exemplarisch Analysen prozeßorientierter Daten durchführt. Den Gründern waren sowohl die Datenerhebung als auch eine anspruchsvolle Datenanalyse wichtig. Als Feldforschungsinstitut ist USUMA mit derzeit 800 geschulten und einem potentiellen Bestand von weiteren 800 noch zu schulenden Interviewern, verteilt über das ganze Gebiet der ehemaligen DDR, als etabliert zu betrachten. Die Feldarbeit des Instituts fand im Juni 1990 in 149 sample points mit Adressenstichproben, die über das Zentralregister des zentralen Zählbüros gezogen

wurden, statt. Das Institut arbeitet arbeitsteilig eng mit zwei "westdeutschen" Instituten zusammen, der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) in Mannheim und dem EMNID-Institut in Bielefeld, ohne mit diesen über ein "joint-venture" verbunden zu sein.

Ein weiteres Beispiel für einen Neubeginn nach der Auflösung der alten Strukturen und Organisationen ist das *Institut für Sozialdatenanalyse Berlin (ISDA)*, ebenfalls eine Neugründung aus dem Frühjahr 1990. ISDA stellt die Rechtsnachfolgerin des Instituts für Soziologie der schon in der ersten Jahreshälfte 1990 vollständig aufgelösten Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED dar und hatte bis zum Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion noch die Rechtsform einer "Feierabendbrigade"; nach dem 30. Juni 1990 sollte das Institut in die Rechtsform eines eingetragenen Vereins überführt werden. Das Institut versteht sich als eine Arbeitsgemeinschaft von Sozial- und Kulturwissenschaftlern. Ziel, laut Institutsprospekt, ist es, "an der Lösung neuer sozio-kultureller Aufgaben und Probleme mitzuwirken, die auf Grund ihrer Bedeutung sowie im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses besonders in den Bereichen Arbeit, Freizeit, Kommunalentwicklung, Sozialstruktur, soziale Sicherheit und Lebensqualität entstanden sind bzw. noch entstehen".

Da die Institute der AdG, in der Vergangenheit finanziell sehr gut ausgestattet, einen weiten Spielraum in der Forschung hatten, verfügt das ISDA derzeit über eine größere Anzahl interessanter und umfangreicher Datensätze, die der Forschung heute zugänglich gemacht werden könnten. Die Untersuchungen der Vergangenheit waren "quantitative" Studien mit großen Stichproben, die ab Mitte der 80-er Jahre durch "qualitative" Zusätze ergänzt wurden. Heute bemüht sich das ISDA, das mit einer Stigmatisierung durch die Vergangenheit leben muß, um Auftragsforschung, versucht darüber hinaus aber, über größere Eigenprojekte und Kooperationen mit anderen Forschungsinstitutionen, die Erforschung des derzeit stattfindenden sozialen Wandels mitzugestalten.

Unter den sozialwissenschaftlich arbeitenden Zentralinstituten für themenzentrierte Forschung ist zunächst das *Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ)* in Leipzig hervorzuheben, deren Leiter Prof. Walter Friedrich (Direktor) und Prof. Werner Hennig (stellvertretender Direktor) über Publikationen zu Methoden auch in der Bundesrepublik seit Jahren einen gewissen Bekanntheitsgrad haben. Das ZIJ, 1966 als zentrale Forschungseinrichtung gegründet, hat derzeit noch etwa 80–90 wissenschaftliche und 30 technische Mitarbeiter. Das Institut ist einerseits in mehrere inhaltliche Abteilungen zur Untersuchung der Situation der Jugend in den Bereichen Arbeit, Familie, Recht und Schule sowie zu "Landjugend", "Massenmedien und Kunst" und, neu hinzugekommen Ende 1989, zu "Meinungsforschung" untergliedert und besteht andererseits aus einer Reihe von technisch-methodischen Abteilungen: die "EDV" (mit leistungsfähiger Software, da eigene Programme erstellt werden, u.a. für die Analyse von Längsschnittstudien), die "Forschungsme-

thodik", die "Organisation" sowie die "Information und Dokumentation". Diese technischen Abteilungen werden in einer arbeitsteiligen Projektbearbeitung als notwendig zur Standardisierung der Projektarbeit gesehen. Der durchschnittliche Projektdurchlauf betrug bis Ende 1989 etwa 40 Projekte pro Jahr. In der Vergangenheit wurde Auftragsforschung für den Staat und staatliche Institutionen durchgeführt und somit ein kleiner exklusiver Personenkreis von Staat und Partei mit relevanten Ergebnissen über die Situation der Jugend in der DDR, in Form von "vertraulichen Dienstsachen", versorgt. Eine Veröffentlichung von Forschungsergebnissen war die Ausnahme; selbst die eigene Institutszeitschrift mußte nach 16 Nummern wieder eingestellt werden, da in dieser "zu viele empirische Daten veröffentlicht" worden seien. Heute steht der Nutzung eines großen Teils der Daten aus der Vergangenheit prinzipiell nichts mehr im Weg.

Seit Jahresbeginn ist mit dem Aufbau eines neuen, landesweit einsetzbaren Interviewerstabes begonnen worden. Die derzeit durchgeführten Studien, zu einem Teil in Kooperation mit Forschungsinstitutionen der Bundesrepublik (z.B. mit dem Deutschen Jugendinstitut DJI in München), haben die aktuelle politische Situation zum Thema und erheben Einstellungen und Empfindlichkeiten. Zum 3. Oktober 1990 hat das Institut de jure aufgehört zu existieren, obwohl die Projektabwicklung fortgesetzt wird. Geplant ist eine Übernahme des ZIJ durch das Münchener DJI, wodurch mittelfristig maximal 30 Mitarbeiter des Leipziger Instituts einen neuen Arbeitsvertrag erhalten würden.

Als ein weiteres sozialwissenschaftliches "Zentralinstitut", allerdings nicht einem Ministerium oder der Partei untergeordnet, ist das *Institut für Marktforschung (IM)* in Leipzig zu sehen. Auch dieses Institut ist keine Neugründung, sondern es bestand schon unter dem alten Regime des Zentralstaates und hatte die Aufgabe des Erstellens von Wirtschaftsprognosen und Planbedarfszahlen; d.h., es wurde für die Zwecke der Planung der Bedarf für einzelne Positionen erforscht. Zwar war das Institut vom Status her ein selbstständiger Betrieb, die Aufträge kamen jedoch größtenteils über das Handelsministerium, teilweise aber auch über den Handel und einzelne Industriebetriebe. Es wurden Daten mittels unterschiedlicher Methoden in unterschiedlichen Bereichen erhoben; unter anderem hatte das Institut Zugang zur "zentralen Abrechnung" für alle Positionen des Handels. Über diesen Umstand bestehen im IM Zeitreihen über die Teil-Märkte in der DDR seit Anfang der 70-er Jahre. Die Auswertungen der Daten aus der zentralen Abrechnung wurden durch Umfragen bei den Verbrauchern und/oder im Handel ergänzt. Mit den Analysen wurden nicht nur die ministeriellen Auftraggeber, sondern auch kooperierende Kunden aus Handel und Industrie versorgt. Ein Freiraum der Forschung bestand darin, daß sich das Institut, administrativ unzensiert, selbst Informationen über den Markt beschaffen konnte. Der hierzu notwendige eigene Interviewerstab ist über die Jahre auf derzeit etwa 600 Interviewer angewachsen. Gearbeitet wurde in der Vergangenheit meist

mit Zufallsstichproben, über das Zentralregister gezogen, und schriftlichen Erhebungen. Aber auch Quotenstichproben wurden zur Datengewinnung in Haushalten und/oder bei Personen verwendet.

Insgesamt hat das IM 120 Mitarbeiter. Es hat eine Führungsgruppe von 3 Personen, denen die Auftragskoordination unterliegt, und es gliedert sich in Bereiche, um hierüber eine arbeitsteilige Institutsstruktur zu bieten: Dem Bereich der "Bevölkerungsbefragung" obliegt die methodische Beratung für Erhebungsinstrumente und Stichproben sowie die Organisation der Feldarbeit und die Betreuung des Interviewerstabes; der Bereich der "Marktanalyse" ist primär für die Marktbeobachtung und für Umfragen im Handel zuständig, diesem Bereich ist allerdings auch die EDV-Abteilung angegliedert; der Bereich "Koordinierung und Methodik" ist zuständig für die Koordination der Forschungsaktivitäten und die Fortbildung; der Bereich "Vorhersage" umfaßt die Gruppe der Studienleiter, die, untergliedert nach Branchen, die Prognosen erstellen; und es gibt den Bereich der "Dokumentation".

Als Zukunftsperspektive für das Institut wird gesehen: Entweder ist eine arbeitsteilige Kooperation mit westdeutschen Marktforschungsinstituten einzugehen oder, was als wahrscheinlicher angesehen wird, es findet eine Übernahme durch eines der großen westdeutschen bzw. internationalen Marktforschungsinstitute als "Außenstelle Leipzig" statt. Für eine Kooperation anzubieten hat das IM seine umfangreichen Ostmarkt-Kenntnisse.

Ein entsprechendes Los teilen auch andere "Markt"-Forschungsinstitute des alten SED-Staates: So stellen seit Sommer unter anderem z.B. das ehemalige Forschungsinstitut des DDR-Rundfunks, nach dem Zusammengehen mit Infratest in München, und das Forschungsinstitut des Außenhandelsministeriums, nach dem Zusammengehen mit GFM-GETAS in Hamburg, "Außenstellen Berlin" für die bundesdeutschen Institute dar.

2.2 Zu den Universitäten und Hochschulen in der DDR

Es gibt in der DDR im Studienjahr 1989/90 nur drei Universitäten, die Hauptfachsoziologen ausbilden: die Humboldt-Universität in Berlin mit einem jährlichen Kontingent von 20 (seit 1987: 10) neu zu immatrikulierenden Studenten; die Karl-Marx-Universität in Leipzig und die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle mit einander sich abwechselnd jährlich 20 (seit 1987: 10) Neuimmatrikulationen. Neben diesen drei Universitäten gibt es noch eine Reihe weiterer Universitäten und Hochschulen, an denen "Soziologie", zumeist als Arbeits-, Betriebs- oder Industriesoziologie, oder als Architektur- oder Stadtsoziologie, in Lehrpläne eingebunden ist: an der Universität Rostock, an den Technischen Universitäten Dresden und Magdeburg, an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" in Berlin, an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, an der Bauakademie der DDR in Berlin, an der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR "Konrad Wolf" in Potsdam-Babelsberg und an der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig.

Da die Forschung an den Hochschulen zumeist aus "Lehrforschung" bestand und in Verbindung mit studentischen Praktika in Kooperationsbetrieben durchgeführt wurde, ist für eine umfangreichere Forschungsaktivität einerseits schon die Zahl der dem Fach zur Verfügung stehenden Studenten von Wichtigkeit. Andererseits ist die "Lehrforschung" jedoch auch abhängig von den Möglichkeiten, die ein Kooperationsbetrieb bietet, auch wenn die Möglichkeiten zur Forschung in den Betrieben allein abhängig war von der Zustimmung der Betriebsleitung, d.h., nicht von der Staatsadministration kontrolliert wurde. Solche Zustimmungen wurden über Ausbildungskooperationen, mit dem betrieblichen Ziel einer Zusatzausbildung für Betriebsmitarbeiter, vorbereitet und waren damit unproblematisch, sofern nicht "betriebschädigende" Ergebnisse veröffentlicht wurden. Neben der Lehrforschung war Forschung im Auftrag und unter Kontrolle von Staatsinstitutionen möglich, aber selten. Projekte, die in keine der beiden genannten Kategorien fielen, mußten von der Staatsadministration gebilligt und genehmigt werden. In den letzten 10 bis 15 Jahren fanden jedoch so gut wie keine von sozialwissenschaftlichen Universitätsinstituten durchgeführten nationalen, flächendeckenden Untersuchungen statt, da diese gegen die Interessen der Staatspartei waren und damit der Zensur zum Opfer fielen.

2.3 Die besuchten sozialwissenschaftlichen Institute/ Abteilungen der Universitäten im einzelnen (Stand: Juli 1990)

Am Institut für Soziologie der *Humboldt-Universität*, Berlin, wurden und werden größere Projekte mit regionalem Bezug durchgeführt. Ein Projektschwerpunkt, in dem schon seit einigen Jahren geforscht wird, bezieht sich auf "neue Technologie und die sozialen Folgen". An diesem Projektschwerpunkt wird auch heute, obwohl die empirische Forschung zur Zeit keinerlei staatlicher Reglementierung unterliegt, weitergearbeitet; allerdings hat sich heute eine Schwerpunktverschiebung auf den Dienstleistungssektor ergeben. Auch dieses Projekt wird, trotz erheblicher Größenordnung und vorgesehener Kontinuität, bisher allein über studentische Praktika realisiert. Eingesetzt sind derzeit etwa 80 bis 100 (nicht nur Hauptfach-) Studenten, die während ihrer 4- bis 6-wöchigen betrieblichen Praktikumszeiten die Datenerhebung durchführen. Neben dem großen Projekt des Instituts werden derzeit, im Zeichen der Forschungsfreiheit, viele kleine Projekte von den Studenten, in deren eigenem Interesse, konzipiert und umgesetzt.

Neu für die universitäre Forschung der DDR sind auch Kooperationen mit Forschern oder Projektverbänden aus der Bundesrepublik, mit denen man unter dem Blickwinkel deutsch-deutscher Vergleichbarkeit, aber auch zur Finanzierung dringend benötigter Ressourcen, zusammenarbeitet. Dieses trifft so auch auf das Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu, das in Zusammenarbeit mit einer West-Berliner Projektgruppe, nach deren Konzeption und mit deren Instrument, die für den Vergleich notwendigen Daten in Ost-Berlin erhebt. Weitere Projektkooperationen, die in den For-

schungsrahmen des Instituts passen, sind, wie versichert wurde, nicht nur möglich, sondern werden gesucht, denn im Gegensatz zu der jetzt freien, von den einzelnen Interessenten selbst initiierten Forschung, war die Forschung vor der Wende, soweit diese nicht als "Lehrforschung" durchgeführt wurde, Auftragsforschung im Auftrag der Staatsinstitutionen. Aus Kontinuitätsüberlegungen heraus will man einen Teil dieser alten Projekte, wie z.B. das Technologie-Projekt nicht aufgeben, gerät hierdurch allerdings an das Problem der Projektfinanzierung, das als Hauptproblem der neuen Freiheit gesehen wird.

An der *Karl-Marx-Universität* in Leipzig wird Soziologie seit Mitte der 60-er Jahre, in Kombination mit Philosophie, mit dem Schwerpunkt "Industriesoziologie", gelehrt. Bedingt durch den Schwerpunkt der Lehre bezog sich die Forschung in erster Linie auf industriesoziologische Fragestellungen, denen in enger Bindung an Großbetriebe der Kooperationspartner aus der Chemischen Industrie nachgegangen wurde. In der ersten Hälfte der 80-er Jahre wurden die Forschungsaktivitäten auf die Themen "Freizeit" und "Wohnbereich" erweitert. Doch schon Mitte der 80-er Jahre kam eine Rückkehr zu und eine erneute Konzentration auf industriesoziologische Forschungsthemen, politisch begründet über die Konkurrenzstellung der DDR zur Bundesrepublik. Ausgelöst durch einen Kongreß 1985 zu sozialen Problemen industriellen Wachstums wurden in einem Leipziger Projekt "subjektive Probleme des technischen Fortschritts" untersucht. Später folgten Fallstudien über die Einführung neuer Technologien in Betrieben.

Im Sommer 1990 hat die industriesoziologische Forschung den Problem-bereich der Industriestillegung zum Thema und untersucht die Arbeitslosigkeit und deren Bewältigung. Aktueller Kooperationspartner für dieses Projekt ist die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Als neuer Forschungs-bereich ist die Werteforschung hinzugekommen. In diesem Bereich, der heute durch die politischen Ereignisse aktueller denn je ist, beschäftigt man sich mit dem zu erwartenden Wertewandel.

Die Soziologie an der *Martin-Luther-Universität* in Halle ist organisatorisch in der Sektion "Wirtschaftswissenschaften" eingebunden und über diese Einbindung auf den Schwerpunkt "Arbeitssoziologie" ausgerichtet. Im Bereich der Forschung wurde bisher der thematische Schwerpunkt auf die "subjektive Reflexion der Arbeit" gelegt und seit etwa 20 Jahren, in einer Vielzahl von Projekten, das "sozialistische Verhältnis zur Arbeit" untersucht. Heute will man diese Forschungsrichtung zur "subjektiven Reflexion der Arbeit" zunächst vor dem Hintergrund der neuen Bedingungen fortsetzen, um den Anschluß an die alten Untersuchungen zu halten und Wandel aufzuzeigen. Auch hier zeichnen sich Kooperationen mit bundesdeutschen Forschern ab.

Die Soziologie an der *Technischen Universität Dresden* bietet noch keinen Hauptfachstudiengang an, sondern versteht sich bisher als eine sinnvolle Ergänzung zu den Technikbereichen: Technik und Gesellschaft, Technik

und Umwelt und Gesellschaft. Bis zum Sommersemester 1990 wurde Soziologie den Ingenieurstudenten als Kurs im Bereich der Arbeitswissenschaften und, optional, im Bereich Wirtschaftswissenschaften angeboten.

Die Forschung der Vergangenheit, überwiegend bestehend aus "Lehrforschung", teils auch als "Begleitforschung" über einen längeren Zeitraum durchgeführt, war geprägt von den Themen "Techniksoziologie" und "Innovationsforschung". Auch die Dresdener Soziologie arbeitete im Bereich der Lehrforschung mit einem festen Kooperationspartner in der Industrie. Die Dresdener Erfahrungen machen allerdings deutlich, daß in der Vergangenheit auch Lehrforschung in Betrieben keine freie Forschung darstellte: Einmal führte ein Untersuchungsbericht zum Eklat mit dem Kooperationsbetrieb, mit der Folge, daß sich dessen Tore für die Forschung schlossen. Ein anderes Mal kollidierte die Forschung mit der Politik, als ein "Mensch-konzentriertes Arbeitskonzept" und die "Aufhebung der (alten) Arbeitsteilung" erforscht werden sollte, was politisch nicht opportun gewesen sei.

Im Sommer 1990 verfügt die Soziologie in Dresden über kein Untersuchungsfeld in der Industrie mehr, da sich die Betriebe durch die Einführung der Marktwirtschaft im Umbruch befinden und alle Kooperationsverträge von den bisherigen Partnern aufgekündigt worden sind. Seit November 1989 bewege man sich hinsichtlich der Forschung "in einem rechtlosen Raum". Man bemühe sich zwar, per Vertrag ein neues Untersuchungsfeld für 1991 vorzubereiten, dennoch sei es im Moment unklar, wie die empirische Forschung in Zukunft weitergehen solle. Derzeit wird versucht, die Universität selbst als Kooperationspartner für Projekte zur "Technikgenese" und zur "Technikentwicklung" zu gewinnen. Andererseits bemüht man sich um Kooperationen mit Forschern aus der Bundesrepublik, aber auch, unter dem Blickwinkel "Partner der Industrie", um Kontakte zu bundesdeutschen Unternehmen, die in der DDR Fuß fassen wollen. Darüber hinaus werden Versuche unternommen, neue Aufgabenfelder der Soziologie zu definieren, z.B. wird, in Verbindung mit Architektur und Bauwesen, die Stadtsanierung als Forschungsbereich entdeckt.

Die Soziologie an der *Wilhelm-Pieck-Universität* in Rostock war bis zur Wende der Sektion "Marxismus-Leninismus" zugeordnet; jetzt ist sie Bestandteil des im Dezember 1989 neugegründeten "Instituts für Soziologie und Sozialgeschichte". Eine Soziologenausbildung fand in der Vergangenheit nicht statt. Früher wurde Forschung, wie man betonte, "für die Schublade" gemacht, d.h. Berichte durften nicht veröffentlicht werden, was wohl auch dadurch bedingt war, daß der Rostocker Ordinarius für Soziologie, Prof. Peter Voigt, 1984 wegen einer Publikation zur Sozialpolitik von der Staatspartei gemäßregelt worden war. Umfragen waren generell schwierig, da sie einer Genehmigung durch den Staat bedurften – in Rostock ist die letzte freie Befragung 1974 genehmigt worden. Untersuchungen in Betrieben waren auftragsbeschränkt. Damit steht die Soziologie in Rostock, auch hinsichtlich der Forschung, vor einem Neuanfang. Es kann nicht, wie in den universitären

Zentren der industrie- und arbeitssoziologischen Forschung, auf etwas zurückgegriffen werden, was eine Forschungskontinuität gewährleisten würde. Im Rahmen der Erschließung neuer Forschungsfelder ist im Frühjahr 1990 ein Projekt zu "sozialen Problemgruppen" andiskutiert worden. Auch hier bemüht man sich um Forschungspartner aus der Bundesrepublik.

3. Fazit

Wie mir scheint, ist die Situation des Neubeginns in Rostock kein Einzelfall. Auch an der Technischen Universität Dresden, obwohl die Soziologie dort immer noch in gewachsene universitäre Strukturen eingebunden ist, findet eine Neuorientierung statt, beginnt man damit, sich neue Forschungsfelder in bisher nicht besetzten Gebieten zu erschließen. An anderen Universitäten und Hochschulen, an denen die Soziologie nur eine periphere Rolle gespielt hat, mag es ähnlich aussehen. Allerdings finden die relativ großen Gruppen der Industrie- und Arbeitssoziologen, wie der Stadtsoziologen, bedingt durch die politische Wende und die seitdem im Umbruch befindliche Gesellschaft, in alten Forschungsfeldern mit neuen Fragestellungen eine Fülle neuer Themen.

Das Problem der universitären Forschung, diese Themen anzugehen, scheint mir, soweit es meine Gesprächspartner betraf, nicht in einer mangelnden Fachkompetenz der Forscher oder unzureichenden Projektideen zu suchen zu sein, sondern ist augenblicklich gegeben durch fehlende Forschungsmittel, eine noch unzureichende Forschungsinfrastruktur und fehlende Praxis in großen Projekten. Daher ist auch die Suche nach Forschungskooperationen mit bundesdeutschen Forschungspartnern erklärbar, birgt aber die Gefahr in sich, hinsichtlich der Untersuchungsfragen dominiert zu werden und in den Projekten nur ausführendes Organ zu sein.

Bei den alten Großforschungseinrichtungen, soweit diese noch existieren, ist zwar eine gewisse Forschungsinfrastruktur vorhanden und wird, trotz drohender Institutsauflösungen, derzeit umorganisiert und ausgebaut. Da diese Institute in der Vergangenheit weitgehend von der staatlichen Auftragsforschung lebten und bis heute über den Staatshaushalt finanziert werden, machen sich hier die drastischen Einschränkungen im noch verfügbaren Budget einschneidend bemerkbar. Nicht zuletzt an neuen Publikationen, wie z.B. dem vom ISS der AdW erstellten "Sozialreport" vom März dieses Jahres, wird die vorhandene Forschungskompetenz, die bei Mitarbeitern vermutlich vieler Institute zu finden ist, deutlich. Auch wenn zentrale Großforschungseinrichtungen, wie die, die in der DDR entstanden sind, nicht in eine föderalistisch orientierte bundesdeutsche "Forschungslandschaft" passen, so ist doch zu beachten, daß hier noch eine Vielzahl von jungen Sozialwissenschaftlern arbeitet, die, auch wenn sie in der Vergangenheit nicht die Chance hatten, unreglementiert Daten zu erheben und zu analysieren, die Ergebnisse sodann unzensiert zu publizieren und international zu diskutie-

ren, dennoch die Sozialforschung in der Bundesrepublik in manch interessanten Aspekten über wissenschaftliche Kompetenz und Forschungsideen erweitern könnten.

Nachwort

Waren die soziologischen Institute der DDR und die hierin beschäftigten Soziologen wirklich so schlecht, so daß man ihnen heute keine Chance mehr geben sollte? Wenn man Kollegen aus den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der alten Bundesländer hört, sollte man dieses meinen. So wird von einigen ernsthaft eine Auflösung aller alten Institute und Institutionen und ein völliger Neubeginn gefordert. Begründet wird dieses weniger über bestehende Strukturen, einmal abgesehen von der einem föderativen System widersprechenden räumlichen Konzentration auf Berlin, sondern vielmehr über die vermutete politische Vergangenheit und mangelnde wissenschaftliche Qualifikation der Forscher. Außerdem rechnen sich westdeutsche Wissenschaftler, denen eine Karriere an den Universitäten der alten Bundesländer bisher nicht möglich war, persönliche Chancen über einen Neuaufbau aus. Nur wenige Stimmen machen sich, die globalen Bedenken hinsichtlich der politischen Vergangenheit von DDR-Forschern weniger hoch gewichtend, für eine gezielte Schwerpunktförderung, gründend auf einem bestehenden und durchaus qualifizierten Potential von Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR, stark.

Betrachtet man sich allerdings die derzeitige Entwicklung in den neuen Bundesländern, so könnte dieser Streit ein lediglich akademischer werden. Abgesehen von der Situation an den Universitäten, arbeitet der Faktor "Zeit" gegen die alten DDR-Institute: Der Wegfall der staatlichen Finanzierung der Forschungsinstitute und die Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft ermöglicht in den neuen Bundesländern noch keine Finanzierung von Forschung über den Markt – und in den alten Bundesländern sind Projektkooperationen mit und -finanzierungen über die Wirtschaft für ehemalige DDR-Institute nur schwer zu finden, zumal die etablierten Sozial- und Marktforschungsinstitute aus den alten Bundesländern längst mit eigenen Schwester- oder Tochterunternehmen für ihre finanzstarke West-Klientel in den neuen Bundesländern aktiv sind und die finanzschwache potentielle Ost-Klientel, auch wenn diese noch keinen Markt darstellt, umwirbt. Nur vereinzelte ostdeutsche Institute, in der Regel Neugründungen, die es verstanden haben, sich frühzeitig eine Klientel in den alten Bundesländern aufzubauen oder einen "treuen" westlichen Kooperationspartner zu finden, haben aus heutiger Sicht noch eine Chance, zu überdauern. Dieses bringt Probleme für die deutsche Sozialforschung mit sich, da mit dem Untergang der alten Institute auch deren "Kapital", einerseits umfangreiche Datenarchive aus der Zeit des SED-Staates und andererseits enge Kontakte zu Instituten der osteuropäischen Staaten, schwindet. So wird es ab dem 01.01.1991 keine Rechts-

nachfolgerin der aufgelösten Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mehr geben, denn das Institut für Sozialdatenanalyse Berlin (ISDA) kann dieser Rolle nicht mehr gerecht werden, da dieses zum Januar 1991 auf den Status einer "Arbeitsloseninitiative" absacken wird. Die alten Zentralinstitute sind, wie schon erwähnt, seit dem 03. Oktober de jure und ab Jahresende de facto nicht mehr existent; das Institut für Marktforschung in Leipzig versucht durch drastischen Mitarbeiterabbau (von 120 zur Jahresmitte auf knapp 50 Mitarbeiter zum Jahresende) mit den verfügbaren Finanzmitteln zu überleben – die staatlichen Zuschüsse sind um 95% auf jetzt 5% reduziert worden. Die vor ihrer Auflösung stehenden sozialwissenschaftlichen Institute der AdW erfahren zur Zeit eine Begutachtung durch den Wissenschaftsrat und hoffen immer noch (ob zu Recht muß die Zukunft erweisen), bei positivem Ausgang der Evaluation, auf eine Übernahme einzelner Teilinstitute durch öffentlich finanzierte westdeutsche Forschungseinrichtungen. Aber auch die westdeutsche Sozialforschung hat die Aktualität der Zeit nur wenig nutzen können: Bedingt einerseits durch Berührungsängste (Verdacht auf politische und fachliche Defizite) und andererseits durch Mittelknappheit und viel zu lange Laufzeiten bei der Mittelbewilligung, ist bisher erst wenig geschehen, ostdeutsche Forscher und deren aktuelle Forschungsthemen zum gesellschaftlichen Wandel in einen gesamtdeutschen Forschungsprozeß einzubeziehen.